

auch in der Altersfolge den Mitbewerbern, welche die zweite Staatsprüfung abgelegt hatten, vorgereicht. Später wurden vollständig ungeprüfte maschinentechnische Beamte zu Maschinen-Ingenieuren ernannt, während die Uebertragung der gleichen Würde an Beamte, die in Bayern und Preußen bereits eine Staatsprüfung abgelegt haben, von dem Bestehen der zweiten Staatsprüfung abhängig gemacht wurde. Dieses letztere Verlangen wird so nachdrücklich aufrechterhalten, daß sogar zu seiner möglichen Erfüllung erst die Neubildung eines besonderen Prüfungsamts angebahnt werden mußte.

Durften diejenigen, welche nach Ableistung der geforderten Prüfungen die Maschinen-Ingenieurstellen annehmen, nicht mit vollem Recht glauben, daß nunmehr endgültig die Ertheilung der Maschinen-Inspektor-Qualifikation von der Ablegung der höheren Staatsprüfungen abhängig gemacht werden soll, und die für Beförderung zu Maschinen-Inspektoren maßgebende Altersfolge nach dem Zeitpunkte der Ablegung der letzten Prüfung bestimmt sei? Sie hatten sich getäuscht. Nichts ist beständiger als der Wechsel! denselben gestattete und begünstigte ja auch die so dehnbare Qualifikationsbestimmung. Und so geschah es denn, daß die zuletzt ernannten ungeprüften Mitglieder der Maschinen-Ingenieurgruppe — welche inzwischen aus der Mittel- in die Oberbeamtenstufe gesetzt worden war — vor den geprüften Kollegen zu Maschinen-Inspektoren befördert wurden. Daß hiermit eine für das ganze Leben fühlbar bleibende Schädigung der geprüften Anwärter eintrat, kam bei der wohlwollenden Gesinnung für die »älteren Beamten«, welche klug und geduldig genug waren, von einem neuen Wechsel der Anschauung auch neue Erfolge für sich abzuwarten, nicht in Betracht. Wohl wurden angesichts der nahenden Gefährdung ihrer mit Mühe und materiellen Opfern erworbenen Rechte die geprüften Anwärter dahin vorstellig, den Befähigungsnachweis in klarerer Form festzulegen und danach eine geregelte Altersfolge zu bilden. Allein vergebens. Die berechtigten Wünsche und Vorstellungen wurden mit seltsamen Eröffnungen abgefertigt, von denen nachstehende beiden Beispiele die Art und Weise kennzeichnen werden, wie die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen die Lage auffaßte und ihr Wohlwollen unter die geprüften und ungeprüften Anwärter zu vertheilen suchte.

Die Bitte um Feststellung der formellen Qualifikation für Maschinen-Inspektoren wurde im Mai 1891 dahin beschieden, daß »die im Jahre 1880 und später zu Maschinen-Ingenieuren ernannten Techniker die formelle Qualifikation für eine Maschinen-Inspektorstelle in denjenigen Bundesstaaten nachzuweisen haben, denen sie angehören.«

Ganz »zufällig« stammten die beiden »Vormänner« des Anfragenden aus Elsass-Lothringen beziehungsweise der freien Hansestadt Hamburg. Da in diesen Bundesstaaten keine staatlichen Prüfungen für Eisenbahn-Maschinen-Inspektoren eingeführt sind, so waren diese beiden Anwärter von jedem formellen Befähigungsnachweis befreit, es sei denn, daß die Erbringung eines Staatsangehörigkeits-Ausweises als solcher aufgefaßt werden könnte.

Auf die nun folgende Entgegnung, daß einige Zeit vorher ein geborener Elsässer, der in Bayern die erste Staatsprüfung abgelegt hatte und bei der Verwaltung beschäftigt war, auf Anfrage dahin beschieden worden sei, daß er sich behufs Erlangung der Maschinen-Inspektor-Qualifikation der zweiten Staatsprüfung in Preußen zu unterziehen habe, wird im Juli 1891 eröffnet, daß die beiden Fälle verschieden liegen, denn »der eine reichsländische Bürger habe ausdrücklich angefragt, während der andere nie eine ähnliche Anfrage gestellt, weshalb für die Verwaltung keine Veranlassung vorliegt, dem Letzteren die Ablegung einer für ihn nicht vorgeschriebenen Prüfung vorzuschreiben.«

Diese Vorgänge zeigen die weitgehende Bedeutung der noch bestehenden formlosen Bestimmung für den formellen Befähigungsnachweis, welche zuläßt, die Ansprüche je nach persönlichem Gutdünken für jeden einzelnen Bewerber umzugestalten. Sie beweisen, welche schwankende Auslegung und Handhabung diese Bestimmung im Laufe der Jahre erhalten hat und sie

sollen nach dem Urtheil der Wissenden mehr oder weniger scharf die persönliche Auffassung des jeweiligen Dezernten ausdrücken.

Auf solche Weise wurden die denkbar verzwicktesten Altersverhältnisse und die unsichersten Beförderungsaussichten für die Anwärter auf maschinentechnische Oberbeamtenstellen systematisch geschaffen. War es da wunderlich, daß eine hochgradige Verbitterung in den betroffenen Kreisen entstand, daß, wer da konnte, die Stätte solcher Ereignisse verließ und daß eine stetige Abnahme des Nachwuchses eintrat? — Mußte nicht jeder Kenner der Verhältnisse und noch mehr jeder denselben Unterworfene die Gewißheit gewinnen, daß hier eine, durch keinerlei Gründe zu rechtfertigende Zurücksetzung der maschinentechnischen Anwärter und Oberbeamten gegenüber den bautechnischen bestehe und vollkommen bewußt aufrecht erhalten werde? — Und wer daran noch zweifeln sollte, den belehre die Thatsache, daß nicht allein das Gerücht von der Einführung eines durch Prüfung bei der Verwaltung zu erlangenden Befähigungsnachweises für maschinentechnische Oberbeamte wieder auftaucht, sondern auch mündliche Aeußerungen von leitender Stelle vorliegen, welche »den harrenden, ungeprüften Nachwuchs auf die Segnungen der in Aussicht stehenden Maßnahmen vertrösten!« — Sonach soll denn die im Reichslande geschaffene bunte Gruppe von Eisenbahn-Maschinen-Inspektoren einen »einheitlich vorgebildeten, verwaltungsseitig geprüften Nachwuchs« erhalten, dessen Anwärter man theilweise — wahrscheinlich aus Mangel an tüchtig geschulten deutschen Technikern — aus dem Auslande verschrieben hat.

Die Kluft zwischen Maschinen- und Bautechnikern, welche durch wohlwollende Behandlung der bestehenden und den Maschinentechniker zurücksetzenden Bestimmungen unsichtbar gemacht werden konnte, wird nach Verwirklichung jenes Planes weit aufgehen und unüberbrückbar bleiben. — Die maschinentechnischen Oberbeamten werden sich den bautechnischen Kollegen gegenüber mit der Rolle des Oberbeamten zweiten Ranges, des gebildeten Kollegen bescheiden müssen! —

Was könnte Maßnahmen von solcher Tragweite, derartige Ausnahmebestimmungen rechtfertigen? Es kann und wird zur Begründung nur der Mangel an geeignetem Nachwuchs angeführt werden. Die Ursache dieses Mangels liegt klar genug vor Augen, um die Heilung des Uebels mit Sicherheit, aber mit anderen Mitteln durchzuführen.

Man beseitige die Bestimmungen, breche mit den Anschauungen, die einzig und allein die regellosen Verhältnisse herbeigeführt und mitgewirkt haben, den geeigneten Nachwuchs auf den jetzigen geringen Bestand zu bringen, und ersetze sie durch Qualifikationsforderungen, welche für alle technischen Oberbeamten gleichartig beschaffen sind und welche die bislang bewährte, abgerundete wissenschaftliche Vor- und Ausbildung nicht vermissen lassen. Sobald damit die Minderbewerthung des Maschinentechnikers in der reichsländischen Verwaltung behoben ist, wird der erforderliche und geeignete Nachwuchs sich bald wieder einstellen. Und wenn er da ist, so biete man ihm — im Gegensatz zu der bisherigen Gepflogenheit — eine, seinem Können, Wissen und seinem Zweck entsprechende Beschäftigung, eine geeignete Dienststellung und die Gelegenheit zur praktischen Weiterbildung. Und schließlich Sorge man dafür, daß die Beförderungsaussichten ebenso sicher und nicht schlechter gestellt werden, als in den anderen deutschen Bundesstaaten.

Gleichstellung an Stelle der bestehenden Zurücksetzung, Klarheit über seine Pflichten und Rechte statt der bisherigen Ungewißheit fordert der Maschinentechniker der Reichs-Eisenbahnen. Und daß sie ihm werden wird, darf und soll er hoffen im Vertrauen auf Seine Exzellenz den Herrn Minister Thielen, dessen Erfahrung und Urtheil nicht zulassen wird, daß in die Reihen seiner technischen Hilfs- und Mitarbeiter minderbewerthete Elemente eingeführt werden, und daß ein Plan zur That reift, dessen Ausführung Unfrieden und Unduldsamkeit zwischen die Techniker bringen müßte, welche im wirtschaftlichen Interesse des Staates friedlich neben und mit einander leben und wirken sollen.